

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. November 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine intensive Haushaltswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns. Im Mittelpunkt stand die abschließende Beratung des Bundeshaushalts für das Jahr 2027. Dabei mussten wir schwierige Entscheidungen treffen, denn die wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen bleiben herausfordernd. Der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Konflikte im Nahen Osten, hohe Energiepreise und internationale Handelskonflikte stellen Deutschland vor große Aufgaben. Gleichzeitig müssen wir nach Jahren schwachen Wirtschaftswachstums unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen.

Der Bundeshaushalt ist weit mehr als eine Aufstellung von Einnahmen und Ausgaben. Er ist Ausdruck politischer Prioritäten und bestimmt maßgeblich, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten. Mit einem Gesamtvolumen von knapp 561 Milliarden Euro im Kernhaushalt setzen wir wichtige Schwerpunkte bei der inneren und äußeren Sicherheit, der Modernisierung unserer Infrastruktur sowie der Stärkung von Wirtschaft und Forschung.

Allein für unsere Verteidigungsfähigkeit stehen im kommenden Jahr rund 140 Milliarden Euro einschließlich des Sondervermögens Bundeswehr zur Verfügung. Auch in Straßen, Schienen und digitale Infrastruktur wird kräftig investiert. Gleichzeitig entlasten wir Bürger und Unternehmen bei den Energiekosten und stärken die frühkindliche Bildung.

Dabei dürfen wir die langfristige Tragfähigkeit unserer Staatsfinanzen nicht aus dem Blick verlieren. Die hohe Neuverschuldung zeigt, dass wir auch in den kommenden Jahren vor großen finanzpolitischen Herausforderungen stehen. Umso wichtiger sind strukturelle Reformen, wirtschaftliches Wachstum und ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Unser Anspruch muss es bleiben, die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, ohne die kommenden Generationen aus dem Blick zu verlieren.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und ein schönes erstes Adventswochenende!

Ihr
Markus Koob

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Bundeshaushalt 2027: Zwischen Investitionen und Sparzwang**
- **Geschlossen für Frieden und Sicherheit in Europa**
- **Politische Bildungsreise: Mein Wahlkreis zu Gast in Berlin**

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Bundeshaushalt 2027: Zwischen Investitionen und Sparzwang.

Eine intensive Haushaltswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns. Mit dem Bundeshaushalt für 2027 haben wir wichtige finanzpolitische Weichen für das kommende Jahr gestellt. Die Beratungen standen unter schwierigen Vorzeichen: Internationale Krisen, steigende Verteidigungsausgaben, eine weiterhin angespannte Wirtschaftslage und die wachsenden Kosten unserer sozialen Sicherungssysteme stellen uns vor erhebliche Herausforderungen. Gleichzeitig müssen wir dringend in die Modernisierung unseres Landes investieren und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.

Der Bundeshaushalt 2027 umfasst **knapp 561 Milliarden Euro im Kernhaushalt**. Hinzu kommen Mittel aus verschiedenen Sondervermögen, insbesondere für die Bundeswehr sowie für Infrastruktur und Klimaneutralität. Allein die Investitionen im Kernhaushalt belaufen sich auf rund 62 Milliarden Euro.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der **inneren und äußeren Sicherheit**. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der veränderten internationalen Sicherheitslage erhöhen wir unsere Verteidigungsausgaben deutlich. Für die Bundeswehr stehen im kommenden Jahr einschließlich des Sondervermögens rund 140 Milliarden Euro zur Verfügung – gegenüber 108 Milliarden Euro in diesem Jahr. Damit schaffen wir die finanziellen Voraussetzungen, um unsere Streitkräfte besser auszustatten, ihre Einsatzbereitschaft zu erhöhen und unseren Verpflichtungen innerhalb der NATO nachzukommen. Auch die innere Sicherheit wird gestärkt. So sind allein 128 Millionen Euro für die Drohnenabwehr bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt vorgesehen, um neuen Bedrohungen wirksamer begegnen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Modernisierung unserer Infrastruktur und die Stärkung der Wirtschaft**. Rund 40 Milliarden Euro stehen 2027 für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. Hinzu kommen 17,7 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität für den Verkehrsbereich. Damit wollen wir insbesondere Straßen, Brücken und Schienen modernisieren. Auch die Digitalisierung treiben wir voran: Die entsprechenden Investitionen aus dem Sondervermögen steigen um rund 50 Prozent auf neun Milliarden Euro. Zur Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten stellen wir zudem jährlich rund 5,5 Milliarden Euro zur Begrenzung der Übertragungsnetzkosten bereit. Für begünstigte Unternehmen wird außerdem die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum gesenkt. Mit der Fortführung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand unterstützen wir darüber hinaus innovative kleine und mittlere Unternehmen.

Auch **Bildung, Forschung und gesellschaftlicher Zusammenhalt** bleiben wichtige Aufgaben.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Für Forschung und Innovation stehen im Etat des zuständigen Bundesministeriums knapp 22 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen rund 8,8 Milliarden Euro auf Innovationen und die Hightech-Agenda Deutschland. Damit stärken wir die Entwicklung neuer Technologien und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Im Bildungsbereich unterstützen wir die Länder mit knapp 1,5 Milliarden Euro für eine bessere frühkindliche Bildung und gezielte Sprachförderung. Zudem erhalten die Freiwilligendienste zusätzliche 30 Millionen Euro. Auch im Gesundheitsbereich setzen wir wichtige Akzente: Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds steigt um 650 Millionen Euro auf 13,15 Milliarden Euro.

Trotz der angespannten Haushaltslage kommt Deutschland weiterhin seiner **internationalen Verantwortung** nach. In der Außen- und Entwicklungspolitik müssen wir jedoch stärker priorisieren. Während der Etat des Entwicklungsministeriums gegenüber dem Vorjahr sinkt, bleiben Mittel für wichtige humanitäre Aufgaben erhalten, darunter die Bekämpfung von Polio und die Unterstützung des Welternährungsprogramms. Auch die Förderung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird fortgeführt.

Eine besondere Herausforderung bleibt die **hohe Neuverschuldung**. Einschließlich der Sondervermögen ist für 2027 eine Nettokreditaufnahme von rund 210 Milliarden Euro vorgesehen. Ein erheblicher Teil davon entfällt auf notwendige Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit und Infrastruktur.

Gleichzeitig unterstreicht diese Größenordnung, wie wichtig weitere strukturelle Reformen und ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln sind. Deshalb setzen wir auch auf Einsparungen und eine effizientere Verwaltung. Durch verschiedene Maßnahmen konnten bereits strukturelle Einsparungen von rund 1,2 Milliarden Euro erzielt werden. Zudem wird der Stellenabbau in der Bundesverwaltung fortgesetzt.

***Standpunkt**: Der Bundeshaushalt 2027 ist ein Haushalt schwieriger Entscheidungen und klarer Prioritäten. In einer Zeit wachsender internationaler Unsicherheiten müssen wir die Sicherheit unseres Landes gewährleisten und gleichzeitig die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Besonders wichtig ist mir deshalb, dass wir unsere Verteidigungsfähigkeit stärken, unsere Infrastruktur modernisieren und gezielt in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Denn nur ein wirtschaftlich starkes und sicheres Deutschland kann seinen Bürgerinnen und Bürgern langfristig Wohlstand und Stabilität bieten.*

Gleichzeitig dürfen wir die langfristige Tragfähigkeit unserer Staatsfinanzen nicht aus den Augen verlieren. Die hohe Neuverschuldung ist angesichts der außergewöhnlichen Herausforderungen zwar in Teilen nachvollziehbar, kann aber keine dauerhafte Antwort auf strukturelle Probleme sein. Deshalb müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen, Bürokratie konsequent abbauen und staatliche Ausgaben stärker auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Vor allem brauchen wir wieder dauerhaftes Wirtschaftswachstum, denn eine starke Wirtschaft schafft sichere Arbeitsplätze,

höhere Steuereinnahmen und damit die Grundlage für einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Für mich ist entscheidend, dass wir die richtigen Prioritäten setzen und dabei auch die Interessen der kommenden Generationen im Blick behalten. Wir dürfen notwendige Investitionen nicht aufschieben, müssen aber zugleich verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Der Bundeshaushalt 2027 soll dazu beitragen, Deutschland sicherer, moderner und wirtschaftlich stärker aufzustellen. •

Geschlossen für Frieden und Sicherheit in Europa.

Wie kann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beendet und ein dauerhafter Frieden erreicht werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines hochrangigen Gipfeltreffens der sogenannten „Koalition der Willigen“ am 19. November in Berlin. Auf Einladung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und des britischen Premierministers Andy Burnham kamen Vertreter aus fast 40 Staaten zusammen, darunter zahlreiche Staats- und Regierungschefs sowie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Ziel war es, die internationalen Bemühungen um eine Friedenslösung abzustimmen und die weitere Unterstützung der Ukraine sicherzustellen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen mögliche Friedensverhandlungen, langfristige Sicherheitsgarantien und die künftige Rolle Europas.

Die beteiligten Staaten bekräftigten ihre Unterstützung für die Ukraine auch im kommenden Jahr. So hat die Europäische Kommission zusätzliche Hilfen in Höhe von 45 Milliarden Euro für 2027 vorgeschlagen. Bundeskanzler Merz betonte, dass die Ukraine aus einer Position der Stärke heraus verhandeln können müsse. Ein bloßer Waffenstillstand ohne verlässliche Sicherheitsgarantien würde keinen dauerhaften Frieden gewährleisten. Zugleich machte er deutlich, dass über die Zukunft der Ukraine nicht ohne die Ukraine und Europa entschieden werden dürfe. Deutschland setzt sich deshalb gemeinsam mit seinen europäischen Partnern und den USA für eine diplomatische Lösung ein, die die ukrainische Souveränität wahrt und zugleich die europäische Sicherheitsordnung langfristig stärkt.

Standpunkt: *Auch nach fast fünf Jahren Krieg bleibt das Ziel unverändert: Wir brauchen einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine. Ein solcher Frieden darf jedoch nicht bedeuten, dass Russland durch seinen Angriffskrieg dauerhaft territoriale oder politische Zugeständnisse erzwingen kann. Deshalb ist es richtig, die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen und ihre Verhandlungsposition zu stärken. Besonders wichtig ist mir, dass Europa bei möglichen Friedensverhandlungen eine eigenständige und geschlossene Rolle einnimmt. Schließlich geht es nicht nur um die Zukunft der Ukraine, sondern auch um die Sicherheit unseres gesamten Kontinents. Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bleibt dabei unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir Europäer mehr Verantwortung für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit übernehmen.*

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Der Berliner Gipfel hat deutlich gemacht, dass Deutschland bei diesen Bemühungen eine zentrale diplomatische Rolle spielt. Frieden und Sicherheit in Europa können langfristig nur gelingen, wenn die Ukraine souverän bleibt und sich wirksam gegen erneute Aggressionen schützen kann. •

Deutsch-rumänische Partnerschaft weiter stärken.

In dieser Woche durfte ich die rumänische Botschafterin in Deutschland, Adriana Stănescu, zu einem persönlichen Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen. Als stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe Bulgarien-Moldau-Rumänien liegt mir der enge Austausch mit unseren Partnern in Südosteuropa besonders am Herzen. Rumänien ist nicht nur ein wichtiger Partner innerhalb der Europäischen Union, sondern auch ein enger Verbündeter in der NATO und von großer strategischer Bedeutung für die Sicherheit unseres Kontinents.

Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen die deutsch-rumänischen Beziehungen sowie die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Südosteuropa. Gerade angesichts des anhaltenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine kommt Rumänien eine besondere Rolle zu. Als NATO-Mitglied an der südöstlichen Bündnisflanke und unmittelbarer Nachbar der Ukraine leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Schwarzmeerregion.

Auch die Unterstützung der Republik Moldau, die durch den Krieg und russische Einflussversuche besonders unter Druck steht, ist von großer Bedeutung. Darüber hinaus haben wir über Möglichkeiten gesprochen, unsere bilaterale Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und europäische Politik weiter zu vertiefen.



Deutschland und Rumänien verbindet eine enge Partnerschaft, die auch durch die deutsche Minderheit in Rumänien und zahlreiche persönliche und wirtschaftliche Beziehungen getragen wird. Für mich steht fest: Die Sicherheit und Stabilität Südosteuropas sind von unmittelbarer Bedeutung für ganz Europa. Umso wichtiger ist es, unsere Zusammenarbeit mit Rumänien weiter auszubauen und den parlamentarischen Dialog zu pflegen. Ich danke Botschafterin Stănescu herzlich für das offene und konstruktive Gespräch und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion



Politische Bildungsreise: Mein Wahlkreis zu Gast in Berlin.

Über Besuch aus meinem Wahlkreis freue ich mich immer ganz besonders! In dieser Woche durfte ich eine Besuchergruppe des Kreisfeuerwehrverbandes Limburg-Weilburg sowie weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger aus unserer Region im Deutschen Bundestag begrüßen.

Im Rahmen einer viertägigen politischen Informationsfahrt vom 25. bis 28. November erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spannende Einblicke in die Arbeit unserer demokratischen Institutionen und die bewegte Geschichte unserer Hauptstadt.

Ein besonderer Höhepunkt war der gemeinsame Besuch im Deutschen Bundestag am Donnerstag. Zunächst konnte die Gruppe eine Stunde lang eine Plenardebatte von der Besuchertribüne aus verfolgen und damit parlamentarische Arbeit hautnah erleben. Anschließend kamen wir zu einem persönlichen Gespräch zusammen.

Dabei nutzten die Gäste die Gelegenheit, Fragen zu aktuellen politischen Entwicklungen, den Herausforderungen unseres Landes und meinem Arbeitsalltag als Bundestagsabgeordneter zu stellen. Natürlich durfte auch ein gemeinsames Erinnerungsfoto im Reichstagsgebäude nicht fehlen.

Darüber hinaus hatte das vom Bundespresseamt organisierte Programm einiges zu bieten: Neben einem Informationsgespräch im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung standen eine politische Stadtrundfahrt, ein Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi, sowie eine Führung durch die Parlamentshistorische Ausstellung im Deutschen Dom auf dem Programm. Damit verband die Reise aktuelle politische Einblicke mit einer intensiven Auseinandersetzung mit unserer deutschen Geschichte.

Besonders gefreut habe ich mich über die Teilnahme des Kreisfeuerwehrverbandes Limburg-Weilburg. Die Kameradinnen und Kameraden unserer Feuerwehren leisten mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Heimat.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Dafür gebührt ihnen großer Dank und Anerkennung. Ebenso danke ich allen weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Interesse und den lebendigen Austausch. Ich hoffe, dass alle viele interessante Eindrücke und schöne Erinnerungen aus Berlin mit nach Hause nehmen! •

Die gute Nachricht der Woche

Mehr Geld im Portemonnaie: Reallöhne legen zu.

Erfreuliche Nachrichten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland: Die Löhne steigen weiterhin stärker als die Verbraucherpreise. Wie das Statistische Bundesamt in dieser Woche mitteilte, sind die Reallöhne im dritten Quartal 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,3 Prozent gestiegen. Während die Bruttolöhne nominal um 4,3 Prozent zulegten, erhöhten sich die Verbraucherpreise im selben Zeitraum um 2,9 Prozent. Damit setzt sich die Erholung der Kaufkraft fort, nachdem die hohe Inflation der vergangenen Jahre die Einkommen vieler Menschen erheblich belastet hatte.

Besonders erfreulich ist, dass vor allem Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen überdurchschnittlich profitieren. Bei den 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mit den geringsten Verdiensten stiegen die Bruttolöhne nominal sogar um 6,6 Prozent. Auch Auszubildende und geringfügig Beschäftigte verzeichneten mit 5,6 Prozent deutliche Lohnzuwächse. Die Entwicklung zeigt, dass bei vielen Beschäftigten wieder mehr Kaufkraft ankommt.

Gleichzeitig bleibt es wichtig, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, Unternehmen zu entlasten und zusätzliche Wachstumsimpulse zu setzen. Denn eine starke Wirtschaft und gute Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Grundlage dafür, dass sich Arbeit lohnt und der Wohlstand in unserem Land langfristig gesichert wird. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion